GÖTTINGER BLÄTTER Juni 2023

Herausgeber: Die LINKE. ☆ Rotes Zentrum e.V. ☆ DKP ☆ FG BRD-Cuba ☆ VVN/BDA ☆ GROBIAN ☆ Göttinger Linke

Sanierung Ottfried-Müller-Haus

Über 5 Jahre Verzug seitens der Stadt - Fördermittel von 3 Millionen Euro weg



Die Notwendiakeit der Sanierung des Ottffried-Müller-Hauses ist schon lange bekannt. Seit vier Jahren kann das Junge Theater an diesem Standort nicht mehr arbeiten und ist vorrübergehend in die ehemalige Voigt-Schule an der Bürgerstraße gezogen. Der Rückzug in das immer noch sanierungsbedürftige Haus war für 2021 geplant. Doch jetzt, 2 Jahre nach diesem Termin, müssen die Planungen neugestartet werden. Für die Sanierung des Ottfried-Müller-Hauses hat der Bund 2016 Gelder in Höhe von 3 Millionen Euro zur Unterstützung bewilligt, die seitens der Stadtverwaltung bisher sicher gewesen seien - doch trotz Warnungen, dass diese Fördergelder bei weiteren Verzögerung in Gefahr seien, stehen wir als Stadt nun ohne diese Unterstützung allein da.

Nicht nur, dass die Sanierung ohne die 3 Millionen Euro Förderung auskommen muss, die Kosten haben sich seit den ersten Berechnungen in 2016 drastisch erhöht. Anstatt der veranschlagten 6 Millionen Euro, von denen die Stadt damals nur die Hälfte hätte zahlen müssen, stehen wir jetzt aufgrund gestiegener Preise und der massiven Verzögerung des Projektes vor Kosten von 20 Millionen Euro. Wir fordern, dass die Stadtverwaltung alle erforderlichen Schritte unternimmt, um alternative Finanzierungsmöglichkeiten für das Ottfried-Müller-Haus zu prüfen und sicherzustellen, damit wichtige Kulturzentren wie das Junge Theater so schnell wie möglich wieder in ihr Stammhaus zurückkehren können. Die Kulturszene hat aufgrund der Pandemie bereits massiv gelitten. Für das Deutsche Theater und das Junge Theater kommen die Probleme des Sanierungsstaus seitens der Stadt noch dazu. Es braucht jetzt verlässliche Zusagen, eine transparente Aufarbeitung und vor allem einen noch stärkeren Willen, dass Kulturförderung von der Stadt Göttingen ernst genommen wird.

"Es ist inakzeptabel, dass Fördermittel, die für wichtige kulturelle Projekte wie das Ottfried-Müller-Haus bestimmt waren, aufgrund von Versäumnissen oder mangelnder Sorgfalt verloren gehen. Dieser Vorfall zeigt eine klare Missachtung der Bedeutung von alternativen Kulturund Begegnungsstätten für die Vielfalt und das soziale Gefüge unserer Stadt." So der Fraktionsvorsitzende der Göttinger Linke Ratsfraktion Jost Leßmann.

im Internet

https://www.goettinger-linke.de/goeblae 2023/

Kontakt

POST: Göttinger Blätter Lange Geismarstraße 2 37083 Göttingen

Druck: Druckerei Wittchen Telefon: 05503 3008

Inhalt

Ottfried-Müller-Haus 1 VVN-BdA 2 FG Cuba 3 DKP Grobian 5 DIE LINKE. Termine 6 DIE LINKE. Kreisverband 7 DIE LINKE. im Kreistag 8 Rotes Zentrum e.V. 9 Göttinger Linke 10 Göttinger Linke Ratsinfo 11 Vermischtes 12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 07.2023 ist der 15. Juni. Auslieferung ab dem 22. Juni.

Offentliche Toiletten am Waageplatz

Als Göttinger Linke Ratsfraktion haben wir uns in der Vergangenheit bereits mehrfach für den Wunsch der Bürger*innen eingesetzt, dass im Zuge der Sanierung des Waageplatzes Toiletten zur Verfügung gestellt werden sollen. Bis heute verweist die Stadtverwaltung auf Toiletten im Carré und an der Weender Straße - doch der Bedarf nach zugänglicheren Alternativen ist da. Warum sonst wurden im Zuge des Weinfestes mobile Toiletten aufgebaut? Wir wünschen uns eine Stadt, in der nicht nur die Bedürfnisse von konsumorientierten Events wahrgenommen werden, sondern wo soziale Gerechtigkeit und Teilhabe groß geschrieben wird. Während der Zeit, in der keine privaten Unternehmen ihre Ware auf dem Waageplatz verkaufen, wird es trotzdem das Bedürfnis nach Toiletten geben. Der Waageplatz ist einer der wenigen Flächen in der Innenstadt Göttingens, auf denen Menschen sich konsumfrei abseits der Einkaufsmeile aufhalten können - gerade deshalb sollte die Zugänglichkeit zu einer öffentlichen Toilette priorisiert und der Wunsch der Göttinger*innen umgesetzt werden. Nicht nur die Sauberkeit des Areals würde davon profitieren, auch Menschen, die zB weniger mobil oder chronisch krank sind, haben so die Möglichkeit sich an Erholungsorten wie dem Waageplatz langfristig aufzuhalten. Der Aufenthalt von Menschen in der Stadt wird damit gefördert und für viele Menschen erst ermöglicht. Das Bedürfnis nach einer Toilette ist grundlegend und menschlich und wir würden uns wünschen, dass der Zugang auch sichergestellt ist, wenn Menschen kein Geld ausgeben können.



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes -Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

https://niedersachsen.vvn-bda.de • https://antifa.vvn-bda.de

GEDENKSTEIN FÜR SOWJETISCHE ZWANGSARBEITER*INNEN **AUF DEM GÖTTINGER STADTFRIEDHOF: Wie geht es weiter?**

Am 8. Mai hat die Oberbürgermeisterin der Stadt Göttingen, Frau Broistedt, auf dem Stadtfriedhof einen Gedenkstein für die auf dem Friedhof beerdigten sowjetischen Zwangsarbeiter*innen der Öffentlichkeit übergeben. Der Gedenkstein soll an das Leid der Tausenden von Zwangsarbeiter*innen, die von 1939 bis 1945 in Göttingen lebten und arbeiten mussten, erinnern.

Die Übergabe des Gedenksteines und die Veranstaltung der Stadt Göttingen am 8. Mai, am Tag der Befreiung vom Faschismus, ist von der VVN-BdA Göttingen begrüßt worden.

Im Rahmen eines Grußwortes hat der Sprecher der VVN-BdA Göttingen, Hans-Georg Schwedhelm, deutlich gemacht, dass die Veranstaltung und der Gedenkstein ein wichtiger Schritt im Rahmen der Gedenkarbeit ist, aber noch weitere Entscheidungen folgen sollten. Jedes einzelne Opfer der NS-Zeit hat einen Anspruch auf ein persönliches Grabzeichen, dies ist im Kriegsgräbergesetz, das auch für die Zwangsarbeiter*innen gilt, geregelt. Auf den Grabzeichen sollten dann die Namen, Nationalität, Geburtstage und Sterbetage der Opfer, z.B. auf einer Steinplatte, vermerkt sein.

Die Verwaltung arbeitet derzeit an einer Umsetzung. Für die VVN-BdA Göttingen wäre es ein weiterer notwendiger Schritt, wenn die persönlichen Grabzeichen für die verstorben Zwangsarbeiter*innen im nächsten Jahr am 8. Mai der Öffentlichkeit übergeben würden.

Aktion der "guten Friedhofsgeister"

Neben dem neuen Gedenkstein, in dessen Nähe ein großer Teil der Zwangsarbeiter*innen beerdigt sind, waren ca. 250 Grabzeichen in den Rasen gesteckt. Auf den Schildern standen die Namen, Geburtstage und Sterbetage der NS-Opfer. Die vorläufigen Grabzeichen sind aus Holz und Papier und werden deshalb den Winter kaum überstehen. Ziel sollte sein, das spätestens im nächsten Jahr die Grabzeichen der Stadt Göttingen an dieser Stelle stehen.

Rüstungsbetrieb Schickert-Werke Rhumspringe

In dem Eichsfelder Ort Rhumspringe wurde von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter*innen von 1942 bis 1945 ein Rüstungsbetreib gebaut. In der kommenden Ausgabe der Göttingen Blätter gibt es hierzu einen Bericht.



Termine:

Sprecher*innen VVN-BdA Göttingen treffen sich

Der Kreis der Sprecher der VVN-BdA Göttingen trifft sich regelmäßig.

Das nächste Treffen ist am Mittwoch, 14. Juni 2023 um 16.00 Uhr im

Cafe Inti, Göttingen, Wilhelmsplatz. Gäste sind herzlich willkommen.

Wir besprechen bei den Treffen unsere Vorhaben und Alles, was noch politisch in Göttingen so ansteht.

BESUCH GEDENKSTÄTTE DES KZ ELLRICH-JULIUSHÜTTE

Der Besuch in der Gedenkstätte KZ Ellrich-Juliushütte muss leider wegen einer Terminüberschneidung auf einen Termin nach der Sommerpause verschoben werden.

Ankündigung in den Göttinger Blättern im Juli/August.

Der Lokalhistoriker Bernd Langer bietet zwei weitere "Antifaschistische Rundgänge" an:

Am 18. Juni 23 in Herzberg am Harz, OBS (Oberschule) Heidestraße um 14.30 Uhr.

Am 16. Juli 23 in Osterode am Harz, Treffen an der Schachtrupp-Villa um 14.30 Uhr.

Anmeldungen sind nicht notwendig einfach nur kommen.



Dieser Gedenkstein der VVN in Bad-Lauterberg aus dem Jahr 1949 erinnert an drei Antifaschisten, die von den Nationalsozialisten ermordet worden sind. Der Gedenkstein ist von ZWEI ANTIFA-SCHISTEN DER KREISVEREINIGUNG GÖTTINGEN DES VVN/BDA gereinigt, der rote Wimpel und die Namen nachgezeichnet und das Umfeld neu bepflanzt

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de • www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung:

13. Juni, 19.00 Uhr, Kleiner Ratskeller, Jüdenstraße





Die Herausforderung

Wir sind schon lange kein normales Land mehr. Normalität ist nicht möglich, wenn man unter ständiger Belagerung und ständiger Aggression leben muss Autor: Miguel Cruz Suárez | informacion@granmai.cu (leicht gekürzt)

Wir sind schon lange kein normales Land mehr. Normalität ist nicht möglich, wenn man in ständiger Belagerung und ständiger Aggression leben muss. Es gibt hier viele Dinge, die als nicht normal einzustufen sind, und bevor Sie den anklagenden Finger erheben, um von anderen Breitengraden aus auf Kuba zu zeigen, fragen Sie sich erst einmal, wie es Ihnen ergehen würde oder was Ihre Regierung tun würde, wenn Ihnen plötzlich die "Normalität" genommen würde, die Sie jetzt genießen.

Wie würde es Ihrem Unternehmen gehen, wenn die Yankees morgen beschließen würden, dass es keinen Handel mehr mit Ihnen gibt und dass sie nichts mehr, was sie benötigen von Gringo-Filialen beziehen dürfen.

Stellen Sie sich vor, dass Dutzende von Schiffen, die Öl an die Küste Ihres Landes bringen, dies nicht mehr tun können und dass Sie, sollten Sie darauf bestehen, mit Sanktionen konfrontiert werden, die Sie sich nicht einmal vorstellen können. In nur wenigen Stunden, nachdem Sie Ihre kostbare "Normalität" verloren haben, werden Sie feststellen, dass all die Dollars, die Sie frei verwendet haben, für Ihre Transaktionen verboten werden, und wehe der Bank, die es wagt, sie zu akzeptieren. Sie müsste Strafen von kosmischem Ausmaß zahlen.

Aber ich sage Ihnen noch mehr: Wenn Sie ein Familienmitglied haben, das einen Herzschrittmacher trägt, auf dem "Made in USA" steht, dann passen Sie gut auf, denn es wird Ihnen verboten, einen Ersatzteil zu kaufen oder einen anderen einzusetzen, der von Unternehmen

hergestellt wurde, die US-Technologie benutzen.

Sie werden auch erstaunt sein, wenn ich Ihnen etwas Merkwürdiges erzähle, etwas, das sicherlich die These bestätigen wird, dass wir nicht "normal" sind. Es stellt sich heraus, dass trotz dieser Dinge, die ich bereits erwähnt habe, hier jeder zur Schule geht. Niemand schläft auf der Straße, wir haben mehr olympische Medaillen als der halbe Kontinent und es gibt mehr als neun Ärzte pro tausend Einwohner. Außerdem stellen wir unsere eigenen Impfstoffe gegen die tödliche Pandemie her.

Wenn Sie glauben, dass die Regierung des Landes, in dem Sie leben, in einem ähnlichen Szenario dasselbe tun kann, dann gestehe ich Ihnen das Recht zu, Kritik an uns zu üben.

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba und SDAJ laden ein:







Journalismus und Pressefreiheit in Cuba /Vortrag und Diskussion mit:

Michel Enrique Torres Corona, Journalist, Havanna

16. Mai, 19.00 Uhr, Rotes Zentrum, Lange Geismarstr. 3

Der junge Journalist hat mit seinem Magazin "Con Filo" inzwischen einen festen Sendeplatz im Programm des kubanischen Fernsehens; die Ausstrahlung findet Di und Do um 21:15 Uhr statt. Dabei geht es um einen Blick auf alle Themen: Geschichten, Tatsachen, Meinungsmuster, die in den traditionellen und den sozialen Medien zirkulieren über die kubanische Gesellschaft.

Entstanden ist die Sendung nach den Ereignissen des 11. Juli 2021 inmitten des Medienkriegs und einer Bombardierung mit Fakes, zunächst als kurze Nachrichtensendung (15 Min.) mit dem Ziel, den Kontext dieses Medienkrieges dazustel-

len. Die erste Sendung fand am 11.8.2023 statt zum Thema: Angriffe gegen regierungsfreundliche Künstler. Michel ist jetzt regelmäßiger Moderator. Die Sendung war zunächst nicht als ständige Reihe nach der Telenovela geplant, aber wegen der Popularität des Formats wurde sie ständiger Bestandteil des Programms.

Das Programm dauert jetzt 15 Minuten und dringt in alle Meinungs-Themen ein, beleuchtet die Nachrichten und Tatsachen und sucht darin die Essenz hinter der Erscheinung, die einige hegemonialen Medien der Insel aufdrücken wollen. Sie haben den Vorsatz: die mediale Manipulation aufdecken und mit scharfer

Kante in die Ereignisse eindringen - und dies mit Humor! Sie will zeigen, wie man versucht, durch Subversion ein Szenarium des Chaos auf der Insel zu erzielen

Das Programm zählt inzwischen zu den 10 beliebtesten Sendungen des kubanischen Fernsehens, einschließlich NTV, Novelas, Spaßsendungen, Kino ... und gemäß Studien erreicht Con Filo im Durchschnitt 15 Prozentpunkte der Zuschauer, das entspricht rund 1 Million Zuschauer, ein hoher Anteil für eine politische Sendung.

Die Akzeptanz beruht auf der populären Darstellung, Nachrichten auf eine direkte Art zu präsentieren. Natürlich zieht das Programm auch Verleumder auf sich, wie oppositionelle Gruppen in Miami, die das Programm und seine Moderatoren wegen der über sie verbreiteten Wahrheiten angreift. Das Programm ist also Teil der Kommunikationsschlacht

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen

Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, https://goettingen.dkp.de ★ goettingen@dkp.de



Gesundheit darf keine Ware sein!

Aus "Unsere Zeitung", Juni 2023

Selbst dem konservativen "Göttinger Tageblatt" wurde es zuviel: "Immer mehr Investoren kaufen Arztpraxen" beklagt das Blatt und schreibt: "Wo sich Geld verdienen läßt, sind Investoren nicht weit. Schließlich ist es eines der Prinzipien der freien Marktwirtschaft, Profit zu machen. Gewinne lassen sich auch im Gesundheitssektor erzielen."

Auf der einen Seite schlagen sich viele Arztpraxen vor allem auf dem Lande

mit viel zu geringen Erstattungssätzen Beispiel für geduldige Gespräche und Untersuchungen ihrer Patienten herum und rutschen oft deswegen ins Minus. Auf der anderen Seite wirken die von der Gesundheitslobby erzielten hohen Erstattungssätze maschinenaufwenfür High-Tech-Medidige zin wie ein Köder für die Profitgeier in Weiß: In der Augenheilkunde können sie mit oft unnö-Untersuchungen tigen das große Geld machen. So verdrängen dort internationale Investoren die alteingesessenen Ärzte, für die nicht teure Geräte, sondern die Patientinnen und Patienten im Mittelpunkt stehen. Solche Investoren stehen beispielsweise hin-

ter der "Augenklinik Dr. Hoffmann" am Steinsgraben.

Wer dann von seinem Haus- oder Facharzt in eine der Göttinger Kliniken überwiesen wird, kommt medizinisch oft vom Regen in die Traufe. Ein "Gespenst des Kahlschlags" nannte kürzlich der Personalratsvorsitzende der "Universitätsmedizin Göttingen" (UMG) den vom Vorstand aus Kostengründen

verhängten Einstellungsstopp. Augenwischerei sei es, darauf hinzuweisen, daß es trotz der finanziellen Probleme der UMG keine sogenannten "betriebsbedingten Kündigungen" gäbe. Denn bei rund 150 Angestellten, die dort nur befristete Verträge haben, braucht es eben keine Kündigung – die verschwinden einfach sang- und klanglos nach Auslaufen ihrer Verträge. Diese befristeten Verträge sind im medizinischen Bereich ein Skandal für sich – wer Menschen helfen soll, muß ordentlich



bezahlt werden und darf keine Angst vor beruflicher Unsicherheit haben!

Fallpauschalen, durch die nicht nach medizinischer Notwendigkeit, sondern jeder "Blinddarm", egal wie kompliziert, gleich "vergütet" wird, sind ebenso schädlich für unsere Gesundheit.

Alle diese Übel – Investorengier nach unseren Arztpraxen, befristete

Mitgliederversammlungen Juni 23

6. Juni:

Diskussion um das Referat Patrik Köbeles auf dem 25. Parteitag

20. Juni:

Lauterbachs Krankenhausgesetz: eine Entökonomisierung?

Alle MV'en finden um 20.00 Uhr im Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2 statt.

Verträge, Unterbesetzung und Unterbezahlung in den Kliniken, Fallpauschalen – haben dieselbe Wurzel: Seit Jahrzehnten wird unsere Gesundheits-

> system immer mehr zur Profitquelle statt dem Menschen zu dienen.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten sagen klipp und klar: Gesundheit darf keine Ware sein. Wir wollen, daß die privaten Investoren vielleicht Gummibärchenfabriken, aber keine Kliniken und keine Arztpraxen kaufen dürfen. Die Kliniken gehören vergesellschaftet und sollen in die Hand der Kommunen oder des Landes überführt werden. Ihnen wird dann entsprechend der medizinischen Erfordernisse das notwendige Geld zugewiesen. Die niedergelassenen Ärzte sollen ebenfalls nach

den dort anfallenden medizinischen Notwendigkeiten ihre Kosten erstattet bekommen und nicht den heißen Atem internationaler Investoren im Nacken ertragen müssen.

Kurz und gut: Gesundheit darf keine Ware sein – sie gehört in gesellschaftliche Hand!

(ms)

GROBIANGRONER BÜRGERINITITIVE ANTIFASCHISMUS

Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)

Mail: grobian-grone.web.de

Treffen: Montags, 19.00 Uhr





Verein Niedersächsischer BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

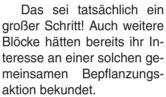
"Gemeinsam holen wir uns das Viertel zurück!"

Am Sonntag den 14.05. hatten Mieter eines LEG-Wohnblocks in Grone Süd zusammen mit der Stadtteilinitiative "Genug ist Genug! Grone" und mit der Unterstützung der "Stadt-Solawi" ein paar Gemeinschaftsbeete mit Blumen, Kräutern und Gemüse angelegt.

Die GiG-Stadtteilgruppe hatte zuvor mit allen Mieter*innen gesprochen. Das Ergebnis dieser Gespräche war: Alle wünschen sich ein lebenswerteres Umfeld und mehr Natur (zurück)!

Einige Nachbar*innen haben sogar ganz aktiv mitgeholfen und haben gepflanzt, ein paar ältere Nachbarinnen haben für Kuchen und Getränke gesorgt, ein paar Kinder haben die Schilzukunftsfähig! Wir haben nun damit begonnen, die ökologisch und sozial sterilisierten Grundstücke der LEG wieder mit etwas Leben zu füllen, sagen die Initiatoren.

Man könne diese Aktion als ein Modellprojekt und als einen ersten Versuch einer Mieterbeteiligung betrachten.



Die LEG hatte zuvor eine Beteiligung der Mieter an der (versprochenen) Neugestaltung der Grundstücke und der Neukonzeption der Spielplätze strikt abgelehnt. Darum haben die Mieter*innen nun begonnen, sich einfach selbst zu beteiligen!

Außerdem hatten viele Mieter*innen in Grone Süd und Grone Nord ein

Schreiben der LEG bekommen, sie sollen ihre Balkone von Markisen, Sichtschutzen und Außenpflanzkübeln befreien. Als Grund einen dafür wurde "einheitein liches Wohnbild" angeführt.

Die LEG soll es ruhig hören: "Ge-



meinsam holen wir uns das Viertel zurück!"

Die Bepflanzungsaktion habe einen sozialen, einen ökologischen und einen politischen Aspekt, erklären die Initiatoren von GiG: "Wir wollen die Nachbar*innen zusammenbringen, wollen Gemeinschaft stiften, wollen die Mieter*innen empowern, wollen die Natur zurückholen, wollen die Selbstversorgung fördern, wollen die LEG verunsichern und unter Druck setzen und wollen die Weichen stellen hin zu einer zukünftigen Vergesellschaftung der Immobilien!"

(sz)



der gemalt. Es war eine sehr schöne nachbarschaftliche Veranstaltung.

Man muss sich bewusst machen, dass diese Immobilienfirmen (wie Westgrund, Adler, LEG) alles Leben(dige) auf den Grundstücken mit der Zeit regelrecht ausgelöscht haben. Das liegt daran, weil es ihnen eben nie um den Menschen und das Leben geht, sondern allein um das Erwirtschaften von Gewinnen.

Das Resultat sind regelrecht sterile Grundstücke, sowohl ökologisch als eben auch sozial. Das soll auch so sein, scherzen die Initiatoren, denn die Leute sollen möglichst nicht zusammenkommen, sonst organisieren sie sich am Ende noch

Der aktuelle Zustand sei jedenfalls weder ökologisch, noch sozial, noch







www.die-linke-goettingen.de

Mit dem neuen Format "Die Welt verstehen, die Welt verändern!" wollen wir die Aktiventreffen, bei denen es zuletzt oft um die Erarbeitung der Kampagne ging, auch zu Bildungsabenden machen und voneinander lernen. Letzte Woche hat uns Yannik Pein über das neue Papier der Bundestagsfraktion zur Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung erzählt (hier nachzulesen: https://www.linksfraktion.de/fileadmin/user_upload/PDF_Dokumente/2022/2022_Ahoi_Mitbestimmung_komplett.pdf) erzählt und wir haben diskutiert, drei weitere Termine, für die sich Genoss:innen bereit erklärt haben stehen fest. Herzliche Einladung!

Wir wollen zunächst bis zum Aktiventreffen am 21.6. wöchentlich Unterschriften für den "Nulltarif in Göttingen" sammeln – zu regelmäßigen Terminen: entweder freitagsnachmittags ab 16:30 oder samstagsvormittags ab 11:00.

Außerdem laden wir die Mitglieder des Kreisverbandes und alle Interessierten ein, vor der kleinen Sommerpause, zu einem großen Sommergrillen zusammenzukommen. Das Fest soll im Cheltenham-Park stattfinden, nähere Infos folgen bald.

Zu guter Letzt: Kerstin Wolter, Genossin aus Berlin, hat innerhalb des feministischen Kollektivs MF3000 ein Buch geschrieben und wir haben sie zu einer Lesung zu uns nach Göttingen eingeladen. Ort und Uhrzeit (abends) am 29.06. werden noch bekannt gegeben.

Termine:

Mi., 7.6. um 19 Uhr im Foyer - Aktiventreffen: Grüner Sozialismus

(Referent: Thomas Goes)

Sa., 10.6. - 11 Uhr: Unterschriftensammeln und Sprühkreideaktion:

Treffen am Nikolaikirchhof

Mi., 21.6. um 19 Uhr im Foyer - Aktiventreffen: Reflexion/Planung Sommer + Input:

Aufstieg der Rechten (Referent: Patrick von Brandt)

So., 25.6. ab 14 Uhr: Großes Kreisverbands-Sommergrillen im Cheltenhampark in Göttingen

Do., 29.6. (Ort + Uhrzeit tba) - Autorinnenlesung: Kerstin Wolter liest aus "Ändern wir die Welt, sie braucht es." (http://mf3000.org)

Ortsmitgliederversammlung OV Göttingen

Am 26.06, um 19 Uhr im Foyer des Roten Zentrums. Fimvorführung Pride

Kommunalpolitischer Arbeitskreis

Mittwoch, 7. Juni, 19:00 Uhr im Neuen Rathaus, Raum 1118

Thema: Aufbau regionaler Antidiskriminierungsberatungsstrukturen, Input: Eckhard Fascher

Mittwoch, 5. Juli, 19:00 Uhr im Neuen Rathaus, Raum 1118

Thema: Regionale Umsetzung Hartz IV/ Bürgergeld

(ausführlich S.10)



KV Göttingen/Osterode

Lange Geissmarstraße 2, 37073 Göttingen Tel.: 05 51 - 29 14 05 46

kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de)

Jugendverband [;solid]:

goettingen@linksjugend-niedersachsen.de und auf Instagram unter linksjugend.goettingen Homepage: https://solid-goettingen.de/

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail: ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Bettina Weigert, Tel. 0175-1948368 rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549

OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz

kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a, 37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034, dransfeld@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

E-Mail: **Hann.Muenden@die-linke**goettingen.de

Phillip Ammermann, Tel. 0171-1728270

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973 Festnetz: 0551-40137061 eckhardfascher@web.de

AG Antif

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619, E-Mail: *ag-bg@dielinke-goettingen.de*

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0177 8534351

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer

E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,

E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Elvira Kalusa,

E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de http://nds.rosalux.de/ und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

DIE LINKE.

Kreisverband Göttingen/Osterode

"Ein Kleinwagen für Benko"

In den gutgefüllten Saal des Göttinger APEX hatten der Rosa-Luxemburg-Club und Ver.Di das Mitglied der Linksfraktion des Berliner Abgordentenhauses Katalin Gennburg und den Gewerkschaftssekretär Marc Jäger eingeladen. Thema "Karstadt – Signa – Benko".

Gennburg hat Stadtentwicklung studiert und konnte an Hand der langen Beschäftigung mit der Thematik Benko, dessen Firmenkonstrukt Signa und dessen Rolle als scheinbarer Retter von Karstadt/Galeria beschreiben. dass es dem österreichischen Milliardär Benko nie um das operative Kaufhaus-Geschäft, sondern stets um die Immobilien von Karstadt bzw. Galeria ging. Das Firmengeflecht "Signa", das Benko gehört, hat bereits viele der Gebäude im Besitz. Während der Corona-Pandemie verhandelte Benko mit Besitzer*innen von Gebäuden, die ihm noch nicht gehören, und mit Städten um möglichst hohe Mietnachlässe/ -zuschüsse, natürlich nur, "um die Kaufhäuser zu retten". Kaufhäuser in Gebäuden, die Signa und damit Benko bereits gehörten, mussten hingegen ihre Mieten auch in Zeiten der Schlie-Bungen voll an Signa abführen.

Marc Jäger von Ver.Di hatte die Verhandlungen zu Göttingen geführt und konnte nur Teilentwarnung geben. Zwar steht in Göttingen (noch) keine

Schließung von Karstadt an, aber eine wesentliche Verkleinerung der Verkaufsfläche ist wahrscheinlich. Erst wurde darüber spekuliert, lediglich zwei Stockwerke (EG und erster Stock) beizubehalten, jetzt scheinen auch andere - vertikale - Trennungsaufteilungen des Gebäudes möglich zu sein. Beispiel könnte (im besten Fall) das Gebäude in Kassel sein, in das mehrere weitere Firmen und Geschäfte integriert wurden. Jedenfalls ist weiterhin die Sorge bei den Beschäftigten von Karstadt zu Recht vorhanden, dass in naher Zukunft Entlassungen eines Teils der Belegschaft zur Disposition stehen.

Karstadt-Mitarbeiter*innen kennen die Sorgen seit vielen Jahren. Der Prozess ist ermüdend und immer wieder machten sie in der vagen Hoffnung auf Erhalt ihrer Arbeitsplätze Konzessionen an Benko. Laut Marc Jäger haben sich die "freiwilligen" Geschenke an den Milliardär bei jeder/m Mitarbeiter*in im Laufe der Jahre auf den Gegenwert eines Kleinwagens summiert.

Leider wird im Laufe der Jahre deutlich: Benko strukturiert die Geschäfte der Kaufhäuser nicht wirklich um: Wenige Mitarbeiter*innen auf den Etagen, fehlendes paralleles Internetgeschäft, lassen die verbleibenden Filialen immer unattraktiver werden. Die Mitarbeiter*innen können da mit noch so viel Einsatz nicht dagegen halten und es gibt Beispiele von Orten, in denen



Katalin Gennburg, Mitglied der Linksfraktion des Berliner Abgordentenhauses und der Gewerkschaftssekretär Marc Jäger.

die Mitarbeiter*innen wohl bereits vor der offizielen Schließung resigniert hatten. Das ist wohl in Göttingen noch nicht so: Das Bangen und die Sorgen gehen weiter; natürlich auch die Hoffnung, selbst von Entlassungen nicht betroffen zu sein, solange es noch keine totale Schließung der Göttinger Filiale gbt.

Bundesweit und vor allem in Berlin besitzt Signa bereits Grundstücke, sogenannte "Filetstücke". So plant er am Berliner Hermannplatz Abriss und Neubau des dortigen riesigen Gebäudes. Eine Initiative leistet dort massiven Widerstand: Ausgang noch offen.

Katalin Gennburg fordert ein Ende der Privatisierung und des Milliardengeschäftes von Benko. Sie fordert eine Vergesellschaftung des Kaufhaus-Konzerns und eine Neunutzung der Gebäude als kommunale Zentren. Das klingt plausibel, sind diese Häuser doch fast alle zentral gelegen und würde damit zugleich die Sorge der Mitarbeiter*innen beendet, denn in diesen Häusern würden für sie neue Arbeitsplätze entstehen, die nicht mehr dem Profitinteresse Benkos unteliegen. Und ja, alles scheint besser als einem Milliardär immer neue Geschenke der Städte und vor allem der Mitarbeiter*innen zu machen, die dieser nicht zur "Rettung der Kaufhäuser", sondern zur weiteren Vermehrung seines Reichtumes nutzt.

Der Fall "Karstadt – Signa – Benko" ist ein schlimmer Fall der Ausnutzung, der Ausbeutung von Mitarbeiter*innen, ein schlimmer Fall der Auswirkungen des Kapitalismus zulasten der beschäftigten Menschen. Das muss ein Ende finden!

Karlheinz Paskuda, Moderator des Abends im Apex und hier Berichterstatter.





im Kreistag Göttingen

Kreistagssitzung am 17. Mai

Die zweite Kreistagssitzung des laufenden Jahres am 17. Mai war eine Sitzung, die in der ursprünglichen Terminplanung gar nicht vorgesehen war. Da jedoch die Forderung nach mehr Bürgernähe, also mehr Sitzungen aufgekommen war, wurde nun innerhalb einer Stunde eine kurze Tagesordnung abgearbeitet.

DIE LINKE hatte eine Resolution eingebracht, die Forderung des Sozialverbandes VdK zu unterstützen, das neue Deutschlandticket / 49-Euro-Ticket auch in Papierform anzubieten. Die Bundesregierung soll darin aufgefordert werden, ein solches Angebot schnellstmöglich auf den Weg zu bringen. Der Landkreis soll sich in den Gremien des Verkehrsverbundes für eine solche Lösung auf regionaler Ebene einsetzen, denn: Gleich zum Start des Deutschlandtickets ist es zum Ausschluss älterer und ärmerer Menschen gekommen, da dieses Angebot ohne Smartphone nicht nutzbar ist, wie Andreas Gemmecke, der den Antrag einbrachte, in seiner Rede bemerkte.

Angekündigt worden war dagegen ein für alle Interessierten uneingeschränkt nutzbares Angebot. Demgegenüber ist das jetzt eingeführte Ticket weder unkompliziert noch barrierefrei. Auch die Alternative, das Ticket als Chipkarte anzubieten, wurde nicht aufgegriffen.

Im Ergebnis werden viele Menschen von der Nutzung ausgeschlossen und an den Rand gedrängt, wobei es sich oftmals gerade um Menschen handelt, die auf den ÖPNV angewiesen sind.

Beraten wird der Antrag nun im Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Bauen, Planen und Energie, bevor er in der Kreistagssitzung am 28. Juni zur Abstimmung steht. Vielleicht haben die Betroffenen ja Glück und der Antrag hat sich bis dahin erübrigt.

Interfraktionelle Anträge, die von der LINKEN mitgetragen wurden

Neben diesem eigenen Antrag gab es zwei interfraktionelle Anträge unter Beteiligung der LINKEN, selbstverständlich ohne Kooperation mit der AfD. Im ersten Antrag wurde die Verwaltung gebeten, bis Ende September 2023 ein Konzept zu erstellen, mit dem Ziel, möglichst sämtliche vorhandenen kreiseigenen Liegenschaften bis Ende 2025 Photovoltaik-Anlagen (PV-Anlagen) auszustatten.

Ziel ist es, beim Ausbau der PV-Anlagen im Landkreis weiter voran zu gehen und den Elektrizitätsbedarf aller Liegenschaften kalkulatorisch durch selbsterzeugten PV-Strom zu decken. Strom sollte dort erzeugt werden, wo er verbraucht oder in E-Fahrzeugen gespeichert wird. Neben der Prüfung von Dachflächen sollen auch alternative Möglichkeit auf sonstigen versiegelten Flächen (z.B. Parkplätze) oder die Installation von Solartrackern geprüft werden.

Eckhard Fascher hielt es angesichts der drohenden Klimakatastrophe für überfällig, dass der Landkreis ein positives Beispiel für den Klimaschutz setzen muss, das die Bürger zur Nachahmung animiert.

Dazu kam dann noch ein Dringlichkeitsantrag, der sich als Resolution an das Land Niedersachsen zur Situation des Fachkräftemangels im Jugendhilfebereich richtet. Das Land wird aufgefordert, die restriktive Auslegung des Fachkräftegebots und der räumlichen Gegebenheiten so zu verändern, dass vor Ort der akuten Krise in der Versorgung Kinder und Jugendlicher im Jugendhilfebereich wirksamer begegnet werden kann.

Hintergrund ist, dass die freien Träger der Jugendhilfe in Südniedersachsen durch den akuten Fachkräftemangel vor einer großen, teils gar existenziellen Herausforderung stehen. Gesellschaftliche Herausforderungen und Krisen wie die Pandemie, der Ukrainekrieg, Flucht und Migration erzeugen einen enormen Mehrbedarf an Betreuung, der immer weniger bedient werden kann. In der Folge ist nicht nur die bedarfsgerechte Versorgung der Kin-

Kontakt DIE LINKE. im Kreistag Göttingen

Kreistag, Zimmer 66 Reinhäuser Landstr. 4 37083 Göttingen

Tel. 0551/525 - 2108 dielinke@landkreisgoettingen.de www.dielinke-goettingen.de

Sprechzeiten: Montag 10 bis 12 Uhr + Donnertag 14 bis 15.30 Uhr



der und Jugendlichen gefährdet, sondern auch die wirtschaftliche Existenz der Einrichtungen.

Für die LINKE freute sich Eckhard Fascher, dass man sich in solchen wichtigen Fragen einig ist. Die Senkung der Standards wie sie die freien Träger fordern, ist eine Notwendigkeit, um Kinder in Notlagen nicht allein zu lassen.

Und was war noch?



Der Kreistag beschloss einstimmig, das "Teilprogramm Windenergie" vom übrigen Regionalen Raumordungsverfahren abzukoppeln. Hintergrund waren Gesetzesänderungen und dass es nach dem ersten Verfahren im Jahre 2020 mehrere Tausend Einwendungen gegen Windkraftanlagen im Raumordnungsverfahren gegeben hatte. Ziel ist es jetzt im zweiten Verfahren knapp ein Prozent der Kreisfläche für Windenenergie auszuweisen. Eckhard Fascher betonte die Notwendigkeit der Windenergie für die Klimaziele und dass er ein transparentes Verfahren erwarte.





Rotes Zentrum e.V.

im Lieschen-Vogel-Haus · Lange-Geismar-Straße 2 · 37073 Göttingen

Mail: rotes-zentrum-goettingen@posteo.de

Unser Spendenkonto und das aktuelle Veranstaltungsprogramm senden wir auf Anfrage gerne zu



Rotes Zentrum: Bürogemeinschaft, Veranstaltungsraum, Schaufenster zur Stadtgesellschaft



Zwei junge Frauen gehen zügig durch die Lange-Geismar-Straße Richtung Stadthalle. Vor der Hausnummer 2 bleiben die Beiden kurz stehen, blicken ins Schaufenster, wirken überrascht. Die Eine hebt die Faust zum Gruß, beide lachen, reden angeregt miteinander und setzen ihren Weg fort. Aus dem Schaufenster lacht das Gesicht einer jugoslawischen Partisanin. "8. Mai, Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus" steht auf dem Stoffbanner.

Die lange Reihe von Tischen und Bierbänken steht bereits auf dem Gehsteig. Gerade breiten die Genoss*innen weiße Tischtücher aus, legen rote Platzdeckchen auf, decken Gläser und Geschirr für die erwarteten Gäste ein. Ein Mann hält im Vorbeifahren mit seinem Fahrrad an, fragt: "8. Mai? Was ist denn da?" Er bedankt sich für die Auskunft: "Aha, wußte ich gar nicht" und will noch klarstellen "Aber das mit dem

Kommunismus, das funktioniert nicht". Dass die macht der Banken und Konzerne gebrochen werden muss und gesellschaftliche Veränderungen alternativlos sind, darauf können sich alle in der kurzen Diskussion einigen. "Einen schönen Abend!" wünscht der Kommunismus-funktioniert-nicht-Radler und rollt die Straße runter. ""Eine Revolution ist wie ein Fahrrad," hätte der Genosse Che vielleicht hinterher gerufen, "rollt sie nicht vorwärts und bleibt sie stehen, fällt sie um."

Gut 30 Gäste folgen schließlich der Einladung der Hausbewohner*innen zum gemeinsamen Abendessen am 8. Mai 2023 vor dem Roten Zentrum. Die Genoss*innen aus dem Umfeld der VVN-BdA haben zuvor zwei Gedenkveranstaltungen gestaltet. Zum Anstoßen auf die Befreiung vom deutschen Faschismus und das Ende des Krieges in Europa werden auch die Genoss*innen

Rotes Zentrum in den Göttinger Blättern im Roten Zentrum

Die Juni-Ausgabe der Göttinger Blätter enthält vorerst letztmalig eine eigene Seite des Roten Zentrums. Über aktuelle Entwicklungen und Veranstaltungen in unseren Räumen werdet ihr auch zukünftig auf den Seiten der Rote Zentrums-Nutzer*innengruppen in den Göttinger Blättern informiert. Oder ihr schaut in der Lange-Geismar-Straße 2 vorbei und werft einen Blick ins Schaufenster. Oder ihr achtet beim Gang durch die Göttinger Innenstadt darauf, ob der regelmäßige Infotisch vor unserer Haustür bereit steht. Wir freuen uns dort auch zukünftig die Göttinger Blätter auszulegen.

Das Rote Zentrum ist auf Genoss*innen angewiesen, die durch eine regelmäßige Fördermitgliederschaft ihre Unterstützung realisieren. Auch einmalige Spenden sind willkommen!

Rotes Zentrum Göttingen e.V. IBAN: DE68 5209 0000 0000 2292 02 BIC: GENODE51KS1 Volksband Kassel Göttingen eG

des ABAG aus ihrem Büro geklingelt; zufällig vorbeikommende Kolleg*innen oder Nachbar*innen erhalten überrascht ein Sektglas in die Hand gedrückt. Der rote Küchenchef bekommt kräftigen Applaus als seine Interpretation von Kaliningrader-Klopsen dampfend auf den Tellern liegen. Nicht erst beim Nachtisch (veganes Mousse au Chocolat!) sind sich die Meisten einig: Kommunismus sollte lecker sein und satt machen.

Das Rote Zentrum kann ein guter Ort sein, um zusammen zu kommen, zu arbeiten, sich zu bilden, zu streiten und zu feiern - eine Bürogemeinschaft und ein Veranstaltungsort. Das Rote Zentrum kann ein guter Ort sein, an dem wir ein einladendes Modell sind - ein Schaufenster zur Stadtgesellschaft.







Spendenkonto: IBAN: DE75 5209 0000 0041 1265 07

Kommunalpolitischer Arbeitskreis

Mittwoch, 7. Juni, 19:00 Uhr im Neuen Rathaus, Raum 1118

Thema: Aufbau regionaler Antidiskriminierungsberatungsstrukturen Input: Eckhard Fascher

Im Rahmen eines Modellprojekts sollen die Gleichstellungsbeauftragten von Stadt und Landkreis Göttingen ein Netzwerk von Beratungsstellen aufbauen, die dann die zentrale Anlauf- und Koordinationsstelle für die Kommunale Antidiskriminierungsstelle tragen soll. Was genau ist geplant und wie können sich Linke in die Diskussion einbringen?

Mittwoch, 5. Juli, 19:00 Uhr im Neuen Rathaus, Raum 1118

Thema: Regionale Umsetzung Hartz IV/ Bürgergeld

Das gemeinhin unter Hartz IV bekannte ALG II soll jetzt als Bürgergeld einen neuen betroffenenfreundlicheren Anstrich erhalten. Doch was hat sich wirklich verändert? Der Landkreis Göttingen ist eine so genannte Optionskommune, die im gesetzlich gesetzten Rahmen Hartz IV auch in der Stadt selbständig umsetzen kann. Wir wollen gemeinsam mit unabhängigen Berater*innen überlegen, welche Probleme es immer noch gibt und wo wir als Kommunalpolitiker*innen Handlungsbedarf haben.

Privatisiert kaputt gespart oder kommunale Alternativen?

KoPol AK zur Gesundheits- und Pflegepolitik

Am 3. Mai hatte der Kommunalpolitische Arbeitskreis sich mit kommunaler Gesundheits- und Pflegepolitik anhand von Eingangsreferaten unserer Mandatsträgerinnen und Pflegekräfte Nornia Marcienkiwicz und Sylke Jarosch befasst.

Nornia, die seit mehr als zehn Jahren Betriebsrätin der psychiatrischen Klinik Asklepios ist, machte deutlich, dass sich nach der Privatisierung 2007 sowohl die Situation für die Patient*innen als auch die der Beschäftigten erheblich verschlechtert hat. Gewinne für die Aktionäre wurden durch Personaleinsparungen realisiert. So wurden ganze Abteilungen, die nicht das eigentliche Pflegepersonal betrafen, dicht gemacht oder ausgelagert. Dies betraf beispielsweise die Wirtschaftsabteilung oder diejenigen, die Hilfsdienste verrichteten. Auch die Personalabteilung wurde so verlagert, dass es jetzt für die gesamten Beschäftigten des Konzerns eine zentrale Anlaufstelle in Thüringen gibt, die kaum zu erreichen ist.

Auch andernorts wurde häufig über Missstände bei Asklepios oder anderen privatisierten Kliniken berichtet wie beispielsweise Team Wallraff in RTL. die undercover über massive Probleme durch Personalmangel berichteten. Privatisierungen lösen regelmäßig Missstände aus, Krankenhäuser werden kaputt gespart. Gesundheit als Ware zu betrachten ist lebensbedrohlich. Kliniken gehören in die öffentliche Hand. Wie in der Diskussion betont wurde, muss die Kommerzialisierung des Gesundheitswesens aufhören. Vergütungssysteme, die Krankenhäuser zu möglichst geringen Kosten zwingt, dient nicht guten Arbeitsbedingungen oder dem Wohl der Patient*innen.

Sylke Jarosch sieht in Zeiten einer zurückgehenden Hausärzteversorgung und der Schließung kleinerer Krankenhäuser für den ländlichen Raum öffentlich betriebene Gesundheitszentren als Alternative an. Diese existieren in vielen Ländern als erste Anlaufstelle für Patient*innen.

Kontakte:

Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke

Rotes Zentrum. Lange Geismarstraße 2 37073 Göttingen www.goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:

Dr. Eckhard Fascher, Sylke Jarosch, Bärbel Safieh. Christa Siebecke, Rieke Wolters, Gülsan Yalçin

Schatzmeister:

Gunnar Siebecke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

Gruppe Grone:

grone@goettinger-linke.de Gruppe Gleichen:

gleichen@goettinger-linke.de

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 403 (4. Stock) Hiroshimaplatz 1-4

37083 Göttingen Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Oliver Preuß

Öffnungszeiten des Büros:

Di: 10:00 - 12:00 Uhr Mi: 13:00 - 16:30 Uhr Do: 10:00 - 12:00 Uhr Fraktionssitzung:

Mi: 17:00 - 18:00 Uhr öffentlich

Mandatsträger*innen:

Nornia Marcienkiwicz

Jost Lessmann (Fraktionsvorsitzender),

Torsten Wucherpfennig

Auch mobile Gemeindeschwestern mit einer pflegerischen Ausbildung könnten im ländlichen Raum erste Ansprechpartnerinnen sein, liche Beratungen vornehmen und den Bedarf dokumentieren. Gemeindeschwestern gab es in der DDR, aktuell werden sie langsam in immer mehr Bundesländern neu eingerichtet. Auch in Niedersachsen sind entsprechende Modellprojekte geplant.

In der Diskussion war man sich einig, dass das Gesundheitssystem als öffentliche Aufgabe öffentlich betrieben werden muss. Die früher üblichen nichtkommerziellen Kreiskrankenhäuser und kommunale Gesundheitszentren können die medizinische Versorgung im ländlichen Raum neben dem bewährten Hausarztmodell sicher stellen mit einer sinnvollen Ergänzung durch Gemeindeschwestern.



Wähler*innengemeinschaft







Wir bleiben dabei: Stadteigentum bleiben!

15 Jahre Kampf für eine Nutzung des Gebäudes der ehemaligen JVA in Göttingen: Museumskonzept gescheitert, Hotel & Hostel gescheitert, Schaffung von Wohnraum gescheitert, Kontor des Wissens gescheitert und letztendlich ist das Vorhaben, mit nur einem Investor zu verhandeln, auch gescheitert. Jetzt hat das Haushaltsbündnis entschieden, dass ein Schlussstrich gezogen werden soll und hat im Bauausschuss mit seiner Mehrheit für einen Direktverkauf gestimmt. Mit allen Mitteln haben sie in der Vergangenheit eine Machbarkeitsstudie blockiert - doch genau diese hätte z.B. der Trafo Hub geholfen, ihr Vorhaben realistischer einzuschätzen und die Stadt hätte sich nicht nur auf diese einzige Option konzentrieren zu brauchen. In der Zeit, in der über eine mögliche Konzeptvergabe, überraschende Änderungsanträge und anfangs nur mit einem Investor diskutiert und beraten werden musste, hätte die Machbarkeitsstudie fast schon fertig sein können. Diesen Ausverkauf der Stadt mit zu weit fortgeschrittener Zeit zu verteidigen, ist für uns, die komplette Opposition und den Aktivist*innen des Sozialen Zentrums eine Klatsche ins Gesicht. Wir als Göttinger Linke Ratsfraktion bleiben bei unserer Meinung: Stadteigentum muss Stadteigentum bleiben!

Kontaktdaten

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 403 (4.Stock) Hiroshimaplatz 1-4 37083 Göttingen Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Oliver Preuß
Tim Schlaf

Öffnungszeiten des Büros:

Di: 10:00 - 12:00 Uhr Mi: 13:00 - 16:30 Uhr Do: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mi: 17:00 - 18:00 Uhr öffentlich

Eine Stadt wie Göttingen hat es nicht verdient, dass die Innenstadt und andere Teile nach den Wünschen von Investor*innen gestaltet wird. Ein Projekt wie das Soziale Zentrum, das aus der Stadtbevölkerung erschaffen und von ihr gewollt ist, ist auch weiterhin für uns die beste Option für das Gebäude. "Das Worst-Case-Szenario ist und bleibt der Verkauf des Gebäudes. Die Stadt bietet kaum Möglichkeiten, sich konsumfrei auch in Innenräumen aufzuhalten, gerade deshalb sollte an allen stadteigenen Immobilien festgehalten und Initiativen wie das Soziale Zentrum dankbar empfangen werden", so der baupolitische Sprecher der Göttinger Linke Ratsfraktion Jost Leßmann.

Anstatt sich jetzt auf die Machbarkeitsstudie festzulegen, wird direkt nach neuen Investor*innen gesucht, wo wieder ungewiss ist, ob diese ihre Investitionen wirklich umsetzen werden. Und anstatt Klarheit in den Prozess zu bringen und sich ernsthaft mit dem Anliegen des Sozialen Zentrums in dem Gebäude auseinanderzusetzen, wird das Vorhaben in private Hände übergeben, bei denen die Stadt zukünftig ihren Einfluss verliert.

Wir werden weiterhin gegen die Gentrifizierung der Stadt durch das Haushaltsbündnis kämpfen, denn wir wollen ein Göttingen, dass sich alle leisten können und in dem Bürger*innen das Stadtbild mit gestalten. Die Verantwortung für eine lebenswerte Stadt liegt bei uns, im Rat der Stadt Göttingen.

Stellungnahme zu Klimaklebern

Als Göttinger Linke Ratsfraktion unterstützen wir zivilgesellschaftliche Bemühungen, an die Verantwortung in Bezug auf Maßnahmen zur Eindämmung des menschengemachten Klimawandels zu erinnern. Für den globalen Zusammenhalt braucht es jetzt entschiedene Maßnahmen, damit weitere Schäden aufgehalten werden können

Für uns ist wichtig zu betonen: Nicht jede*r trägt die gleiche Verantwortung bei der Umsetzung wirksamer Maßnahmen zur Eindämmung der Klimakatastrophe. Die Verantwortung von Konzernen und Superreichen sollte bei Protestformen deutlich gemacht werden. Das Problem auf individuelle Konsum- und Lebensentscheidungen zu verlagern, ist für uns nicht zielführend. Deshalb sehen wir auch nicht alle Aktionen der sogenannten "Klimakleber" als zielführend an, da Straßenblockaden hauptsächlich Lohnabhängige und Beschäftigte zur Verantwortung ziehen. "Gerade von Armut betroffene Menschen können nicht noch mehr Abstriche machen, um Klimaschutzmaßnahmen privat umzusetzen. Unser Planet wird durch rücksichtslose Profitgier und dem Lifestyle von Superreichen zerstört." sagt der umweltpolitische Sprecher und Fraktionsvorsitzende der Göttinger Linke Ratsfraktion Jost Leßmann.

"Dennoch lehnen wir den Aufbau weiterer Repressionsstrukturen entschieden ab. Die Energie, die in Hetze gegen Klima-Aktivismus gesteckt wird, sollte lieber in die Umsetzung selbst gesetzter Klimaziele gesteckt werden. Strafen sollte es nur für die geben, die sich weigern, Verantwortung zu übernehmen", so Leßmann abschließend.

12

- 7\r - 7\r

Göttingen – ein politischer Bilderbogen



18. Februar, Grone: Einige Hundert Menschen gedachten der Opfer von Hanau

Einige hundert vor allem junge Menschen gedachten am Samstag, 18. Februar, in Grone der Opfer des rassisitschen Anschlages von Hanau. Die Auftaktkundgebung fand in Grone-Nord, am sog. Stadtplatz, statt und anschließend ging eine Demonstration von dort durch Grone-Süd zum Jona-Platz, wo die Bilder der Opfer kenntlich gemacht wurden. Dort wurden - neben verschiedenen Redebeiträgen - auch Blumen zum Gedenken abgelegt.



Am Gedenkstein an der Stadtbibliothek fand die diesjährige Feier der VVN zum 8. Mai, dem Tag der Befreiung statt.

Rund 60 Menschen kamen zur Feier der VVN-Bund der Antifaschist*innen am Gedenkstein der Stadt Göttingen für die Opfer des Widerstandes gegen den Fascismus in der Stadt Göttingen. Neben Hans-Georg Schwedhelm, der für die VVVN sprach, war auch ein Vertreter der Gedenkstätte Moringen vor Ort, der noch einmal auf die Aktualität dieses Tages aus Sicht der Gedenkstättenarbeit hinwies. Schwedhelm betonte noch einmal die Forderung der VVN, dass der 8. Mai ein Feiertag werden muss!



Feier zum Tag der Befreiung vom Faschismus

"Als wir im vergangenen Jahr in den intalienischen Bergen waren, haben wir erlebt, dass die Menschen anlässlich des Tages der Befreiung vom Faschismus draußen auf den Straßen die Tische deckten und gemeinsam dort aßen und feierten", so ein Antifaschist am 8. Mai vor dem Roten Zentrum in der Lange Geismarstar.

Und die Antifschist*innen des Roten Zentrums wollten es ihnen gleichtun: Der 8. Mai muss Feiertag werden!